

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 48. Ratssitzung vom 15. April 2015

Gemeinsame Behandlung der beiden Postulate GR Nrn. 2015/29 und 2015/90.

880. 2015/29

Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 28.01.2015: Weiterverrechnung der Kosten des Polizeieinsatzes für die Räumung der Strassenblockade im Zusammenhang mit der Räumung des Labitzke-Areals

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Postulaten GR Nrn. 2015/29 und 2015/30.

Mauro Tuena (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 689/2015): Der Entscheid des Polizeivorstehers, die Kosten der Polizeieinsätze den namentlich bekannten Verursachern nicht weiterzuverrechnen, wurde im Tages-Anzeiger richtigerweise als politisch bezeichnet. Den Besetzern wurden erfolglos mehrere Ultimaten gestellt. Laut kantonalem Polizeigesetz können die Verursacher eines Polizeieinsatzes zur Kasse gebeten werden, wenn sie vorsätzlich oder grobfahrlässig gehandelt haben. In den vorliegenden Fällen waren die Voraussetzungen für eine Weiterverrechnung zweifellos erfüllt, und eine Weiterverrechnung ist laut Daniel Jositsch zwingend. Indem sie aber unterbleibt, wird ein gefährliches Präjudiz geschaffen, das sicher Nachahmungstäter anstiften wird. Es ist stossend, dass demgegenüber Sportklubs sehr wohl für Polizeieinsätze aufkommen müssen. Offenbar ist auch der Gesamtstadtrat der Meinung, die Kosten hätten weiterverrechnet werden müssen. In der Bevölkerung ist der Entscheid ebenfalls auf Unverständnis gestossen. Der Gemeinderat ist aufgerufen, heute ein klares Signal auszusenden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Aus staatspolitischen wie auch aus rechtlichen Gründen habe ich Bedenken, die Postulate zur Prüfung entgegenzunehmen. Es geht um Fragen der Gleichbehandlung sowie um die Frage, ob eine bestehende Praxis aufgrund nur eines Fallbeispiels geändert werden soll. Da ich aber ein neugieriger, offener und liberaler Mensch bin, will ich die Postulate gegebenenfalls dennoch als mögliche Ergänzung des Fragenkatalogs betrachten.

Niklaus Scherr (AL) begründet den von Andreas Kirstein (AL) namens der AL-Fraktion am 4. März 2015 gestellten Ablehnungsantrag: Hier wird versucht, aufgrund eines einzelnen Ereignisses eine bestimmte Regelung zu treffen, die aus unserer Sicht im Widerspruch steht zu den Aufgaben und Funktionen der Polizei in einem bürgerlichen Staat. Die Polizei ist der Garant für Freiheit, Sicherheit und Schutz von Eigentum. Die 16 Personen haben innerhalb eines Monats einen Strafbefehl erhalten und mussten entsprechende Gebühren zahlen. Indem die Polizei die Störer der Bestrafung zugeführt hat, ist

sie ihrer Aufgabe nachgekommen. Es handelt sich übrigens nicht um Chaoten, sondern um Überzeugungstäter – sollen ausgerechnet sie pönalisiert werden? Manchmal kostet es einfach etwas, den Frieden aufrechtzuerhalten. In Paragraf 58 Absatz 1 litera b des Polizeigesetzes findet man eine rechtliche Grundlage für die Kostenüberwälzung: «Die Polizei kann Kostenersatz verlangen von der Verursacherin oder vom Verursacher eines Polizeieinsatzes, wenn diese oder dieser vorsätzlich oder grobfahrlässig gehandelt hat». Der Regierungsrat nennt hier aber als einziges Beispiel folgendes: «Zu denken ist beispielsweise an Einsätze für die Suche nach Personen oder Tieren.» Gemeint sind also Einsätze, die mehr einer Spezialdienstleistung gleichkommen. Polizei und Justiz lassen sich auf jeden Fall nicht einfach so vermischen; wo kämen wir hin, wenn jeder Polizeieinsatz, der irgendjemandem nicht passt, in Rechnung gestellt würde?

Weitere Wortmeldungen:

Roland Scheck (SVP): Es geht nicht um die Frage, wie man der Hausbesetzerszene gesinnt ist, sondern um die Frage der Rechtsstaatlichkeit. Wenn gewisse Personen von Polizei und Justiz bevorzugt behandelt werden, haben wir keinen Rechtsstaat mehr, denn in einem Rechtsstaat sind vor dem Gesetz alle Menschen gleich. Als Politiker haben wir dafür zu sorgen, dass der Rechtsstaat aufrechterhalten wird, und wir müssen die Gefahr erkennen, die sich aus der Tatsache ergibt, dass der Polizeivorsteher die Besetzer des Labitzke-Areals verschont, weil sie ihm ideell und politisch nahestehen. Zum Glück hat der Stadtrat erkannt, dass der persönlich motivierte Entscheid des Polizeivorstehers korrigiert werden muss.

Marco Denoth (SP): Wir sind für ein freies Demonstrationsrecht und anerkennen, dass die in Frage stehende Demonstration immerhin gewaltfrei war. Wir stehen auch zur Gewaltentrennung: Die von den Postulanten beantragte Prüfung ist nicht Sache des Stadtrats, sondern des Gerichts. Die Polizei kann nicht einfach fünf- bis sechsstellige Rechnungen verschicken. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Betroffenen gilt es gerichtlich zu prüfen. Das rechtliche Gehör wurde in den vorliegenden Fällen korrekterweise gewährt. Soweit es sich um Sportklubs handelt, liegen Verträge vor, die bekanntlich zweiseitig sind.

Adrian Gautschi (GLP): Die gesetzliche Grundlage ermächtigt den Stadtrat nicht dazu, die Kosten zu überwälzen. Die erwähnte Aussage von Daniel Jositsch ist inhaltlich nicht korrekt. Laut Bundesgericht kann es sich bei einer Strassenblockade um eine politische Meinungsäusserung handeln. Zwar dauerte die Strassenblockade etwas lange, aber es war keine Gewalt im Spiel.

Markus Hungerbühler (CVP): Die CVP unterstützt die beiden Postulate. Der Entscheid des Polizeivorstehers ist fragwürdig und zieht eine falsche Signalwirkung nach sich. Zum Votum von Niklaus Scherr (AL): Wieso soll die Befreiung von Betonklötzen kein Spezialeinsatz sein? Es grenzt an Schönfärberei, Strassenblockaden als unproblematische Demonstrationsform zu bezeichnen.

Marc Bourgeois (FDP): Auch die FDP unterstützt die beiden Postulate. Aus unserer

Sicht lag hier eine unpolitische Aktion vor, die problemlos nach Paragraf 58 Absatz 1 litera b des Polizeigesetzes hätte behandelt werden können. Nun ist die Gegenseite aber der Auffassung, es habe sich um eine politische Aktion gehandelt. Einmal angenommen, dem sei so: In Absatz 3 heisst es: «Bei bewilligten Veranstaltungen, die der Ausübung des verfassungsmässig garantierten Demonstrationsrechts dienen, werden den Veranstaltern keine Kosten auferlegt, sofern sie nicht grobfahrlässig gegen Auflagen der Bewilligung verstossen haben.» Um diese Bestimmung kommt man sicher nicht herum, wenn man die Demonstration gar nicht bewilligen lässt. Der Polizeivorsteher muss dem Gesetz Nachachtung verschaffen, sonst schafft er einen verhängnisvollen Präzedenzfall und kann alle zukünftigen Demonstranten nicht mehr bestrafen. Die rechtsstaatliche Argumentation greift übrigens zu kurz: Die Polizei verschickt nicht einfach Rechnungen, sondern Verfügungen, gegen die selbstverständlich Rechtsmittel ergriffen werden können.

Matthias Probst (Grüne): *Polizeieinsätze sind von der Allgemeinheit zu tragen und nicht von den vom Einsatz betroffenen Personen. Würde die Gewaltentrennung aufgeweicht, indem die Polizei der Judikative zugerechnet würde, käme es zu unerwünschter Willkür. Wir wollen den Rechtsstaat behalten, und zwar für alle gleich. Unser Justizsystem muss nicht angetastet werden.*

Alan David Sangines (SP): *Wir haben zwei klare Positionen gehört: Die einen finden eine Weiterverrechnung nicht vereinbar mit dem Rechtsstaat, die anderen sehen in der Ablehnung reine Klientelpolitik. Ich persönlich finde, es gibt auch noch eine Meinung dazwischen: Paragraf 58 des Polizeigesetzes nennt Einsätze, die nicht zum Grundauftrag der Polizei gehören. Der von Niklaus Scherr (AL) zitierte Hinweis des Regierungsrats ist keinesfalls abschliessend gemeint, wie das Wort «beispielsweise» verdeutlicht. Meiner Meinung nach gehört es nicht zum Grundauftrag, eine Person aus Beton herauszuschneiden. Gleichzeitig zähle ich die Räumung von besetzten Häusern zum Grundauftrag.*

Severin Pflüger (FDP): *Wir sind zum Glück nicht diejenigen, die zu bestimmen haben, ob die Kosten weiterzuerrechnen sind oder nicht. Das Recht muss angewendet werden; der Polizeivorstand hat entsprechende Verfügungen zu erlassen. In einem allfällig nächsten Schritt hat dann der Richter zu entscheiden.*

Florian Utz (SP): *Die SVP wirft STR Richard Wolff Ungleichbehandlung vor. In Tat und Wahrheit ist es aber die SVP, die Ungleichbehandlung fordert, wenn sie die Verhaftungskosten weiterverrechnen will; diese werden sonst ja nie weiterverrechnet. Ebenso verhält es sich z. B. auch mit den Kosten einer Polizeikontrolle. Die SP-Fraktion sieht nicht ein, warum eine bestimmte – nicht einmal gewalttätige – Gruppe herausgegriffen werden soll. Die Demonstration war illegal, und es gab einen Strafbefehl, was auch korrekt ist. Eine zusätzliche Bestrafung wäre aber willkürlich und würde zum stossenden Ergebnis führen, dass ein illegal Demonstrierender Kosten tragen muss, die ein Mörder nicht zu tragen hat.*

Mauro Tuena (SVP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf: *Als mein Auto einmal*

4 / 11

abgeschleppt wurde, musste ich auch für das «Ausrücken eines VBZ-Beamten» zahlen, das hatte auch nichts mit der Strafe zu tun. Die Polizei spricht sehr viele Strafen aus, ohne genau zu wissen, ob diese rechtmässig sind. Die Antwort ergibt sich dann oftmals aus einem anschliessenden Verfahren. Solange aber keine Rechnungen vorliegen, ist eine gerichtliche Überprüfung gar nicht möglich. Die Bevölkerung möchte wissen, wer für eine Prüfung ist und wer dagegen, deshalb soll die Abstimmung für beide Vorstösse unter Namensaufruf erfolgen.

Marc Bourgeois (FDP): *Wer mit der Situation, dass Schwerverkriminalität nicht bezahlen müssen, harmlose Gesetzesverstösser unter Umständen aber schon, nicht einverstanden ist, muss das Polizeigesetz ändern. Paragraph 58 legt klar fest, wo die Kosten weiterverrechnet werden können und wo nicht. Ein zweckmässiger Vergleich lässt sich nur zwischen legal Demonstrierenden und illegal Demonstrierenden anstellen.*

Der Rat stimmt dem Antrag von Mauro Tuena (SVP) mit 109 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
039	Abele	Martin	Grüne	NEIN
144	Ackermann	Ruth	CVP	JA
087	Akyol	Ezgi	AL	NEIN
042	Altinay	Petek	SP	NEIN
084	Angst	Walter	AL	NEIN
012	Aubert	Marianne	SP	NEIN
092	Babini	Mario	parteilos	--
133	Balmer	Bettina	FDP	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	JA
063	Bär	Linda	SP	NEIN
003	Bartholdi	Roger	SVP	JA
098	Baumann	Markus	GLP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	JA
051	Bieri	Cordula	Grüne	NEIN
119	Bourgeois	Marc	FDP	JA
031	Brander	Simone	SP	NEIN
068	Bührig	Marcel	Grüne	NEIN
131	Bürki	Martin	FDP	JA
176	Bürlimann	Martin	SVP	JA
049	Denoth	Marco	SP	NEIN

5 / 11

009	Diggelmann	Simon	SP	NEIN
096	Dubno	Samuel	GLP	NEIN
061	Edelmann	Andreas	SP	NEIN
004	Egger	Heidi	SP	NEIN
167	Egger	Urs	FDP	JA
130	Egli	Andreas	FDP	JA
046	Esseiva	Nicolas	SP	NEIN
178	Fehr Düsel	Nina	SVP	--
127	Fehr	Urs	SVP	JA
008	Fischer	Renate	SP	NEIN
001	Frei	Dorothea	SP	ENTHALTEN
043	Früh	Anjushka	SP	NEIN
099	Garcia	Isabel	GLP	NEIN
161	Gautschi	Adrian	GLP	NEIN
034	Glaser	Helen	SP	--
154	Götzl	Martin	SVP	JA
020	Graf	Davy	SP	NEIN
088	Guggenheim	Eduard	AL	NEIN
035	Helfenstein	Urs	SP	NEIN
072	Hirsiger	Eva	Grüne	NEIN
011	Huber	Patrick Hadi	SP	NEIN
005	Hug	Christina	Grüne	NEIN
143	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
160	Hüni	Guido	GLP	NEIN
116	Huser	Christian	FDP	JA
175	Hüssy	Kurt	SVP	--
111	im Oberdorf	Bernhard	SVP	JA
123	Iten	Stephan	SVP	JA
170	Jäger	Alexander	FDP	JA
038	Kälin	Simon	Grüne	NEIN
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	NEIN
086	Kirstein	Andreas	AL	NEIN
025	Kisker	Gabriele	Grüne	NEIN
118	Kleger	Thomas	FDP	JA
026	Knauss	Markus	Grüne	NEIN
147	Kobler	Raphael	FDP	JA
044	Kraft	Michael	SP	NEIN
183	Küng	Peter	SP	NEIN
071	Kunz	Markus	Grüne	NEIN
066	Lamprecht	Pascal	SP	NEIN
158	Landolt	Maleica	GLP	NEIN
134	Leiser	Albert	FDP	JA

081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	JA
149	Luchsinger	Christoph	FDP	JA
101	Luchsinger	Martin	GLP	NEIN
082	Maino	Rosa	AL	NEIN
201	Manser	Joe A.	SP	NEIN
163	Mariani	Mario	CVP	JA
048	Marti	Min Li	SP	NEIN
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	NEIN
104	Merki	Markus	GLP	NEIN
140	Monn	Thomas	SVP	JA
024	Moser	Felix	Grüne	NEIN
171	Müller	Marcel	FDP	JA
112	Müller	Rolf	SVP	JA
102	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	NEIN
032	Nüssli	Andrea	SP	NEIN
125	Osbahr	Thomas	SVP	JA
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	NEIN
115	Pflüger	Severin	FDP	JA
052	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	NEIN
073	Probst	Matthias	Grüne	NEIN
157	Regli	Daniel	SVP	JA
006	Richli	Mark	SP	NEIN
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	NEIN
097	Roy	Shaibal	GLP	NEIN
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	NEIN
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	NEIN
083	Schäfli	Corinne	AL	NEIN
141	Schatt	Heinz	SVP	JA
135	Scheck	Roland	SVP	JA
077	Scherr	Niklaus	AL	NEIN
173	Schick	Peter	SVP	JA
089	Schiller	Christina	AL	NEIN
152	Schmid	Michael	FDP	JA
146	Schoch	Elisabeth	FDP	JA
156	Schwendener	Thomas	SVP	JA
041	Seidler	Christine	SP	NEIN
019	Silberring	Pawel	SP	NEIN
151	Simon	Claudia	FDP	JA
107	Sobernheim	Sven	GLP	NEIN
018	Speck	Roger Paul	SP	NEIN

165	Steger	Heinz F.	FDP	JA
045	Steiner	Jonas	SP	NEIN
033	Straub	Esther	SP	NEIN
027	Strub	Jean-Daniel	SP	NEIN
150	Tognella	Roger	FDP	JA
162	Traber	Christian	CVP	JA
105	Trevisan	Guido	GLP	JA
166	Tschanz	Raphaël	FDP	JA
108	Tuena	Mauro	SVP	JA
057	Urben	Michel	SP	NEIN
138	Urech	Stefan	SVP	JA
120	Uttinger	Ursula	FDP	JA
047	Utz	Florian	SP	NEIN
145	Vogelbacher	Reto	CVP	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	NEIN
129	Weyermann	Karin	CVP	JA
113	Widmer	Katharina	SVP	JA
028	Wiesmann	Barbara	SP	NEIN
002	Wiesmann	Matthias	GLP	NEIN
015	Wyler	Rebekka	SP	NEIN

Das Postulat wird mit 49 gegen 71 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

881. 2015/30

**Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 28.01.2015:
Weiterverrechnung der Kosten des Polizeieinsatzes für die Räumung des
Labitzke-Areals**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2015/29, Beschluss-Nr. 880/2015.

Mauro Tuena (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 690/2015).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

Niklaus Scherr (AL) begründet den von Andreas Kirstein (AL) namens der AL-Fraktion am 4. März 2015 gestellten Ablehnungsantrag.

Mauro Tuena (SVP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Mauro Tuena (SVP) mit 109 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
039	Abele	Martin	Grüne	NEIN
144	Ackermann	Ruth	CVP	JA
087	Akyol	Ezgi	AL	NEIN
042	Altinay	Petek	SP	NEIN
084	Angst	Walter	AL	NEIN
012	Aubert	Marianne	SP	NEIN
092	Babini	Mario	parteilos	--
133	Balmer	Bettina	FDP	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	JA
063	Bär	Linda	SP	NEIN
003	Bartholdi	Roger	SVP	JA
098	Baumann	Markus	GLP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	JA
051	Bieri	Cordula	Grüne	NEIN
119	Bourgeois	Marc	FDP	JA
031	Brander	Simone	SP	NEIN
068	Bührig	Marcel	Grüne	NEIN
131	Bürki	Martin	FDP	JA
176	Bürlimann	Martin	SVP	JA
049	Denoth	Marco	SP	NEIN
009	Diggelmann	Simon	SP	NEIN
096	Dubno	Samuel	GLP	NEIN
061	Edelmann	Andreas	SP	NEIN
004	Egger	Heidi	SP	NEIN
167	Egger	Urs	FDP	JA
130	Egli	Andreas	FDP	JA
046	Esseiva	Nicolas	SP	NEIN
178	Fehr Düsel	Nina	SVP	--
127	Fehr	Urs	SVP	JA
008	Fischer	Renate	SP	NEIN
001	Frei	Dorothea	SP	NEIN
043	Früh	Anjushka	SP	NEIN

099	Garcia	Isabel	GLP	NEIN
161	Gautschi	Adrian	GLP	NEIN
034	Glaser	Helen	SP	NEIN
154	Götzl	Martin	SVP	JA
020	Graf	Davy	SP	NEIN
088	Guggenheim	Eduard	AL	NEIN
035	Helfenstein	Urs	SP	NEIN
072	Hirsiger	Eva	Grüne	NEIN
011	Huber	Patrick Hadi	SP	NEIN
005	Hug	Christina	Grüne	NEIN
143	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
160	Hüni	Guido	GLP	NEIN
116	Huser	Christian	FDP	JA
175	Hüssy	Kurt	SVP	--
111	im Oberdorf	Bernhard	SVP	JA
123	Iten	Stephan	SVP	JA
170	Jäger	Alexander	FDP	JA
038	Kälin	Simon	Grüne	NEIN
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	NEIN
086	Kirstein	Andreas	AL	NEIN
025	Kisker	Gabriele	Grüne	NEIN
118	Kleger	Thomas	FDP	JA
026	Knauss	Markus	Grüne	NEIN
147	Kobler	Raphael	FDP	JA
044	Kraft	Michael	SP	NEIN
183	Küng	Peter	SP	NEIN
071	Kunz	Markus	Grüne	NEIN
066	Lamprecht	Pascal	SP	NEIN
158	Landolt	Maleica	GLP	NEIN
134	Leiser	Albert	FDP	JA
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	JA
149	Luchsinger	Christoph	FDP	JA
101	Luchsinger	Martin	GLP	NEIN
082	Maino	Rosa	AL	NEIN
201	Manser	Joe A.	SP	NEIN
163	Mariani	Mario	CVP	JA
048	Marti	Min Li	SP	NEIN
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	NEIN
104	Merki	Markus	GLP	NEIN
140	Monn	Thomas	SVP	JA
024	Moser	Felix	Grüne	NEIN

10 / 11

171	Müller	Marcel	FDP	JA
112	Müller	Rolf	SVP	JA
102	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	NEIN
032	Nüssli	Andrea	SP	NEIN
125	Osbahr	Thomas	SVP	JA
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	NEIN
115	Pflüger	Severin	FDP	JA
052	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	NEIN
073	Probst	Matthias	Grüne	NEIN
157	Regli	Daniel	SVP	JA
006	Richli	Mark	SP	NEIN
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	NEIN
097	Roy	Shaibal	GLP	NEIN
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	NEIN
010	Sangines	Alan David	SP	NEIN
065	Savarioud	Marcel	SP	NEIN
083	Schäfli	Corinne	AL	NEIN
141	Schatt	Heinz	SVP	JA
135	Scheck	Roland	SVP	JA
077	Scherr	Niklaus	AL	NEIN
173	Schick	Peter	SVP	JA
089	Schiller	Christina	AL	NEIN
152	Schmid	Michael	FDP	JA
146	Schoch	Elisabeth	FDP	JA
156	Schwendener	Thomas	SVP	JA
041	Seidler	Christine	SP	NEIN
019	Silberring	Pawel	SP	NEIN
151	Simon	Claudia	FDP	JA
107	Sobernheim	Sven	GLP	NEIN
018	Speck	Roger Paul	SP	NEIN
165	Steger	Heinz F.	FDP	JA
045	Steiner	Jonas	SP	NEIN
033	Straub	Esther	SP	NEIN
027	Strub	Jean-Daniel	SP	NEIN
150	Tognella	Roger	FDP	JA
162	Traber	Christian	CVP	JA
105	Trevisan	Guido	GLP	NEIN
166	Tschanz	Raphaël	FDP	JA
108	Tuena	Mauro	SVP	JA
057	Urben	Michel	SP	NEIN
138	Urech	Stefan	SVP	JA
120	Uttinger	Ursula	FDP	JA

11 / 11

047	Utz	Florian	SP	NEIN
145	Vogelbacher	Reto	CVP	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	NEIN
129	Weyermann	Karin	CVP	JA
113	Widmer	Katharina	SVP	JA
028	Wiesmann	Barbara	SP	NEIN
002	Wiesmann	Matthias	GLP	NEIN
015	Wylér	Rebekka	SP	NEIN

Das Postulat wird mit 47 gegen 75 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat